5

Sozialistische Beiträge Köln - Bonn

Zum 1. Mai: Grußbotschaft, Stimmen junger Arbeiter - Wehner im Brennpunkt Sozialistische Kulturpolitik und Biermann - RCDS: Vietnam sub specie Christ Faschistischer Putsch in Indonesien - Student und Politik - Buchrezension: Jugendkriminalität, Permanente Revolution in China, Kriegsdienstverweigerer

FACIT

DM -.50

Stimmen junger Arbeiter zum 1. Mai

1. Mai — Weltsolidarität

Nicht mehr die Forderungen nach 8-Stunden Arbeit, 8-Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf, nach menschwürdigem Lohn, nach einer befriedigenden Sozialpolitik werden heute die Arbeitnehmer zu den Maifeiern bringen. — Das ist zum großen Teil erreicht! Wäre das nicht so, dann hätte ein Jahrhundert Kampf der Arbeiterbewegung keine Erfolge zu verzeichnen. Wollen wir darauf stolz sein? — Ja! Soll damit genug sein? — Nein! Denn d a s Ziel des 1. Mai war und ist, in Solidarität aller arbeitenden Menschen eine Welt zu schaffen, die frei von Hunger und Unrecht ist. Mehr als in den Jahren davor sind an diesem 1. Mai die Forderungen zu stellen: 1. nach einer friedlichen Welt, 2. nach einer gerechten Ordnung. Diese Forderungen sind nicht neu. Sie können auch nicht neu sein; denn die Gesellschaftsordnung hat sich grundsätzlich nicht gewandelt. Mag auch der Sprachgebrauch darüber hinwegzutäuschen suchen. Früher Ausbeuter — heute Sozialpartner?! In einer z. Z. gut laufenden Wirtschaft läßt sich gut etwas geben. Aber hier im Revier sehen wir in aller Deutlichkeit das wahre Gesicht der Mächtigen — nämlich bei den Zechenstillegungen an der Ruhr.

Der 1. Mai wird erst dann zu einem Feiertag der Arbeit, wenn unsere Gesellschaft in eine echte Demokratie umgewandelt ist, d. h. in eine Demokratie, die nicht vor den Fabriken und Büros haltmacht.

Wie weit wir eine soziale, demokratische Ordnung haben, beweist mir nicht zuletzt mein Elternhaus an der Ruhr:

1. Als Schwerbeschädigter aus dem letzten Krieg darf der Vater um seine mehr als verdiente Rente kämpfen;
2. Als Arbeiter auf einer Zeche muß er um seinen Arbeitsplatz bangen;
3. Als Mieter einer freien Wohnung in einem weißen Kreis muß er um seine Wohnung kämpfen.

Dies alles in einer formaldemokratischen, dafür aber schon halbformierten Gesellschaft.

Gerd Hirsch, Landesjugendvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Nordrhein-Westfalen

Wir fragen uns, was ist eigentlich der 1. Mai? Ein bezahlter Feiertag? Ein Tag, an dem man mit Kind und Kegel ins Grüne zieht? Oder ist es einer der wenigen Tage, an denen man die Bild-Zeitung ungestört und ganz lesen könnte? Leider wird der 1. Mai zu diesem Zweck mißbraucht. Leider stellt man die gleiche Tendenz bei den Gewerkschaften fest, obwohl sie in 1. Linie die Aufgabe hätten, die Arbeiter und Angestellten (kurz Proletarier) über Sinn und Zweck aufzuklären. Meine Einstellung zum 1. Mai:

Einigkeit unter den Arbeitern eines Betriebes, eines Landes, bis hinauf zur Solidarität aller arbeitenden Proletarier in der Welt. Wir Arbeiter sollten uns unserer Stärke bewußt werden, um endlich eine gerechte Verteilung des Kapitals zu erreichen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!!

W. R., Kaufm. Lehrling

Warum 1. Mai?

Dem 1. Mai kommt — allen Unkenrufen der Formierungs- und Gemeinschaftsplaner zum Trotz — eine hervorragende Bedeutung zu. Diese wird angesichts der latenten Bedrohung unserer zweiten Republik noch steigen müssen. Die Arbeiterschaft — und mit ihr die Gewerkschaften — haben hierzulande noch immer am entschiedensten für eine echte Demokratie zu streiten vermocht. Ich sehe in der Feier des 1. Mai eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit, die heute so dringend nötige Solidarität der Arbeiterschaft und darüber hinaus aller wirklichen Demokraten weiter zu festigen.

Günter Tolusch

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln
Verantwortlich: Werner Loch
Anschrift der Redaktion: Gunnar Matthiessen, 5 Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8
Vertrieb: Willi Meeger, 5 Köln-Sülz, Schleidener Straße 12
Anzeigen: Karl-Heinz Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Scheinerstraße 58
Umbruch: Gisela Imhorst
Druck: Werkstätte für Gebrauchsgraphik E. Hanisch, Köln
„facit" erscheint fünfmal im Jahr
Jahresabonnement 2,— DM und Zustellgebühr

Grußbotschaft zum 1. Mai 1966

Kolleginnen und Kollegen!

Heute, am 1. Mai 1966, blickt Ihr zurück auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, um Kraft zu schöpfen für die kommenden Aufgaben in der auf Euch und uns, auf Arbeiter und Studenten gleichermaßen zukommenden Zeit.

In jeder Phase der deutschen Geschichte seid Ihr die aufrichtigsten Verfechter der Demokratie gewesen, und die Katastrophe des Faschismus hat Euch am meisten bedrückt. Ihr habt es nicht nötig, bestimmte Einzelheiten der Geschichte von Eurer Erinnerung fernzuhalten. Es gibt nichts, was Euch zwingen könnte, eben diese Geschichte zu beschönigen.

Um so offener könnt Ihr Versuchen gegenübertreten, die darauf abzielen, die Demokratie auf Schleichwegen zu beseitigen. Seit sich diese Absicht in Gesetzentwürfen und Ausschußberichten, über Eure und unsere Köpfe, über die Köpfe der Betroffenen hinweg, niedergeschlagen hat, habt Ihr dagegen Eure warnende Stimme erhoben. Ihr habt gezeigt, daß Ihr auch heute zu kämpfen versteht, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre sind dafür ein eindeutiger Beleg.

Als 1920 Kapp auf Berlin marschierte, waren es die organisierten Arbeiter, die die von ihnen erkämpfte Demokratie durch den Generalstreik retteten. Nicht durch die Militärs wurde die Republik verteidigt, nicht durch die Bürokratie und schon lange nicht durch die Großindustriellen und Bankiers. Großindustrielle. Bankiers und Bürokraten waren es vielmehr, die später den Hitler unterstützten und ihm unter d e r Bedingung 1933 zur Macht verhalfen, daß er die Gewerkschaften zerschlug.

Um so verdächtiger ist es jetzt, wenn die gleichen gesellschaftlichen Kreise schon seit Jahren auf eine Notstandsgesetzgebung drängen, die die Gewerkschaften politisch ausschalten soll. Wenn durch die Notstandsgesetze Koalitionsfreiheit und Streikrecht aufgehoben, wenn die Arbeiter durch den Betriebs- und Werkselbstschutz militarisiert und gleichgeschaltet werden sollen, dann wollen eben diese Kreise ihnen die Mittel nehmen, mit denen sie in der Weimarer Republik die freiheitliche Verfassung verteidigten und auch heute noch jederzeit, in der Form des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, für sie eintreten können.

Was kann es überdies heute bedeuten, wenn der Bundesgrenzschutz die schnelle und brutale Zerschlagung der Streiks einübt? Müssen wir in diesen Versuchen nicht einen erneuten Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften, und damit auf die Verfassung, sehen?

Dürfen wir auf Grund unserer Erfahrung dulden, daß durch die Ausschaltung der Gewerkschaften aus dem politischen Leben der Einfluß derjenigen Kräfte auf Gesellschaft und Staat noch mehr gesteigert wird, die 1933 den Hitler an die Macht brachten?

Kollegen! Gewerkschaftler!

In ihrer großen Mehrheit unterstützen Euch die politischen Studentenorganisationen in Eurem Widerstand gegen die Notstandsgesetze, wie sie auch in Euren Forderungen nach Mit- und Selbstbestimmung auf Eurer Seite sind.

Wir fordern Euch auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die drohende Verwirklichung einer formierten totalitären Gesellschaft und eines formierten diktatorischen Notstandsstaats zu kämpfen.

Eure Interessen und Ziele sind auch unsere Interessen und Ziele. Das haben wir aus unserer gemeinsamen Geschichte gelernt.

Wehner im Brennpunkt

Trotz partieller Bedenken haben wir diesen Beitrag aus sozialdemokratischen Kreisen der Hochschule wegen der Authentizität unverändert übernommen. Der Inhalt erklärt das Pseudonym.

Nach den für die SPD verlorenen Wahlen vom September 1965 rührte sich zunächst in dieser Partei weniger als selbst Pessimisten erwartet hatten. Harry Ristocks Wahlanalyse war so ziemlich die einzige Kritik, die in die Öffentlichkeit drang. Daneben vernahm man höchstens noch etwas von der relativ progressiven Tätigkeit des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Steffen, doch das schon seit seiner Wahl. Zwar bemühen sich in der Bundesrepublik etwa die „Sozialistischen Hefte" und in der DDR das „Neue Deutschland" seit der Bundestagswahl, kritische Stimmen aus der SPD hervorzuheben, doch wirken diese nicht überzeugend, da sie zu sehr im bloß Taktischen und Verbalen steckenbleiben.

Das nunmehr in der „Zeit" vom 11. März unter dem Titel „Anklage der SPD-Fronde gegen Herbert Wehner" veröffentlichte Memorandum geht einen wesentlichen Schritt weiter. Es zeigt den Oligarchisierungsprozeß in der SPD-Organisation auf mit seinem Hauptmotor Wehner. Das Schriftstück muß daher trotz seiner Schwächen, über die noch zu sprechen sein wird, als im Sinne der Demokratie verdienstvoll bezeichnet werden. Seine beiden Hauptvorwürfe gegen Wehner lauten:

1. Er hat zwar die sozialistische Ideologie abgeworfen, bolschewistische Organisationsprinzipien jedoch beibehalten und nach ihnen die Partei umstrukturiert.
2. Die Verbindung von totalitär ausgerichtetem Apparat und wertfreiem politischen Management widerspricht dem Wesen einer demokratischen Massenorganisation und schwächt diese in ihrer Substanz mehr, als sie andererseits ihre Schlagkraft stärkt.

Wie richtig diese Beurteilung ist, zeigte sich gerade wieder an der Reaktion der SPD-Spitze auf das Memorandum. Als erstes — das Papier war noch nicht veröffentlicht — ergriff sie inquisitorische Maßnahmen, offenbar mit dem Ziel einer Säuberung nach totalitärer Manier. Als das nichts half und der Text an die Öffentlichkeit gelangte, suchte ihn die SPD-Führung nach bewährter Weise als Machwerk einiger „mißvergnügter Einzelgänger" abzutun und lehnte jede sachliche Auseinandersetzung mit den erhobenen Vorwürfen ab. Die Kritiker wurden praktisch als außerhalb der Partei stehend, als Parteifeinde, eingestuft. Die SPD-Führer aber gaben sich scheinheilig als Freunde offener Diskussion, als ob sie nicht seit Jahren jede kritische politische Anregung als Gefährdung ihres vermeintlichen Siegeslaufes von sich gewiesen hätten.

Mit wahrer Begeisterung sekundierte ihnen die deutsche Rechte und ihre Presse. Guttenberg war der erste, der Wehner beistand, Springer und die FAZ konnten nicht zurückbleiben. Besonders die letztere triefte vor Lob und Anerkennung für Wehner, ja sie erweist ihm „offen Referenz". Sie alle wissen natürlich, warum. Noch selten hat es einen besseren Zutreiber für die Rechte in Deutschland gegeben als den von Renegatenkomplexen geplagten Wehner. Und siehe: Die gleiche Rechte, die heute so enthusiastisch für Wehner eintritt und seine Vergangenheit als quantité negligeable erachtet, hat selbst diese Vergangenheit mit Vergnügen breitgetreten — solange Wehner sich noch nicht dem Bonner NATO-Kurs verschrieben hatte. Heute aber ist er ja zu einem Hauptgaranten der bestehenden Ordnung avanciert.

So hatten die SPD-Führer freie Hand, das Memorandum als einen nicht mehr zulässigen Griff in Wehners Vergangenheit abzustempeln. Es so hinzustellen, als sei es den Kritikern darum gegangen, in längst versunkenem Schmutz zu wühlen, „olle Kamellen in neuer Verpackung" zu liefern. Kein vernünftiger Mensch kann den Eindruck gewinnen, daß es den Opponenten darum geht. Das wäre angesichts der ihnen unterstellten politischen Zielsetzung auch einigermaßen absurd. Die Schilderung von Wehners Vergangenheit dient lediglich der Illustrierung der Kontinuität seines Verhältnisses zur organisatorischen Machtausübung. Wehner war eben nicht irgendein Kommunist, sondern ein Prototyp des stalinistischen Apparatschiks, der über Leichen geht. Nicht, daß er dem Sozialismus angehangen hat, ist ihm zum Vorwurf zu machen — ganz im Gegenteil —, sondern daß er schlimme stalinistische Praktiken beibehalten hat.

Mit Recht herrscht Unbehagen darüber, daß das Memorandum anonym erschien. Doch kann man die Entrüstung über den „Angriff aus dem Hinterhalt" nur als scheinheilig bezeichnen. Die Schreiber sind nicht ohne schwerwiegende Gründe und Erfahrungen anonym geblieben. Sie wollen wohl ganz schlicht ihre Stellung nicht verlieren. Der hetzerische Ton, mit dem allenthalben den Verfassern das Halali bläst, entkräftet nicht gerade diese Bedenken. Dennoch möchte man wünschen, daß sich die parteiinternen Gegner Wehners möglichst bald, jedenfalls aber vor dem kommenden Parteitag, zu erkennen geben.

Die Verfasser der „Anklage" haben mit gutem Grund sich auf die Schilderung der organisatorischen Seite der SPD-Entwicklung beschränkt und den politischen Kurswechsel beiseite gelassen. Sie sind dabei, allerdings Wehners halber, allzu einseitig von der kommunistischen Bestimmung her zu dem kritisierten Organisationsprinzip gekommen. Da man aber, wie auch einige bürgerliche Blätter richtig bemerkten, das Organisatorische vom Politisch-Inhaltlichen nicht trennen kann, scheint es für die heutige SPD angemessener, von einer faschistoiden Ausrichtung zu sprechen.

Auch das Geschichtsbild der Parteikritiker bedarf einiger Korrekturen. Um die Entwicklung der SPD in den letzten Jahren besonders deutlich abzuheben, wird von der früheren SPD eine radikal-demokratische Idylle gezeichnet, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Namentlich unter Bebel hatte sich durchaus schon so etwas wie ein „demokratischer Zentralismus" herausgebildet. Freilich, das damalige Selbstverständnis der SPD als einer revolutionären Partei des Proletariats rechtfertigte dies als vorübergehende Notwendigkeit auf dem Weg zum Ziel. Und damit ist schon ein zweites verblüffendes Urteil der „Ankläger" berührt: daß „marxistische Praxis der Partei von Anbeginn an fremd gewesen war". Es drängt sich hier der Verdacht auf, daß die Kritiker ihre eigene außerordentliche revisionistische Haltung auf dem Hintergrund einer derartig vereinfachten Parteigeschichte als immer noch relativ links ausweisen wollen.

D. S.

Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen

Von einer Autorengemeinschaft unter Leitung von Prof. N. K. Karatajew
Übersetzung aus dem Russischen
540 Seiten - Ganzleinen DM 24,00

Dieses wichtige, von einer internationalen Autorengemeinschaft ausgearbeitete Buch, möchte eine empfindliche Lücke in der ökonomischen Literatur schließen. Seit langem besteht ein Interesse an einem umfassenden und systematischen Werk dieser Art. Sein besonderer Wert besteht darin, daß marxistische Ökonomen den historisch-ökonomisch interessierten Lesern eine **Gesamtdarstellung** der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen zugänglich machen, wobei erstmalig auch die ökonomischen Anschauungen der Klassiker des Marxismus im Rahmen einer solchen Darstellung Aufnahme finden.

BRÜCKEN VERLAG GMBH

4 Düsseldorf · Postfach 1928

Am Beispiel Indonesien Hintergründe eines faschistischen Putsches

Dem durchschnittlich interessierten Leser fällt es schwer, aus den westdeutschen Nachrichten über die Lage in Indonesien ein klares Bild zu gewinnen. Wie viele afroasiatische Länder ist auch Indonesien gekennzeichnet durch die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen, die von den privilegierten Schichten diktiert wird, von den Beamten im wirtschaftlichen Staatsapparat (meistens Offiziere) und den Großgrundbesitzern auf dem Lande.[1])

Seit der Proklamation seines politischen Manifests 1959 führt Sukarno mit Unterstützung der demokratischen und fortschrittlichen Massenorganisationen unter dem Banner der national-demokratischen und sozialistischen Revolution, seiner Ideologie des Nasakom, d. h. Zusammenwirken von nationalistischen, mohammedanischen und kommunistischen Strömungen, den Kampf gegen diese Kräfte der Reaktion.[2])

1965 sahen die Gruppen der korrupten Beamten und konservativen Großgrundbesitzer trotz verschiedener Gegenangriffe ihrerseits die öffentliche Meinung immer mehr gegen sich gerichtet und mußten um ihr Ende fürchten, als im August massive Demonstrationen stattfanden.[3])

Am 30. Sept. putschte ein bis dahin unbekannter Colonel Untung und proklamierte einen Revolutionsrat von 50 Mitgliedern, von denen die meisten nachweislich ohne ihr Mitwissen benannt wurden. Den Putsch rechtfertigte Untung mit dem Hinweis auf die Verschwörung eines Generalrates, der einen Umsturz am 5. Oktober beabsichtigt hätte. Nach der Hinrichtung von sechs Generälen durch Untung wurde die strategische Reserve Suhartos endgültig aus Djakarta vertrieben, später in Mittel-Java gefaßt.

Während die westdeutschen Zeitungen in Übereinstimmung mit dem Armeenachrichtendienst die Kommunisten als die eigentlichen Drahtzieher des Putsches betrachteten, ist deren Rolle in diesem Staatsstreich für führende Zeitungen wie New York Times und Neue Züricher Zeitung doch sehr zweifelhaft. Der Korrespondent von Le Monde hält sogar die Beteiligung der CIA nicht für ausgeschlossen. Die Bestätigung der Konstituierung eines „Rates der Generäle" im August 1965, die General Nasution der N.Y. Herald Tribune am 9. Dezember gab, wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf das Verhalten der Generäle. Vieles spricht demnach für die Auffassung einiger westlicher Beobachter, daß der Putsch auf Initiative der CIA und Untungs geschah, der einige führende Persönlichkeiten, wie den Chef der Luftwaffe und den K.P.-Vorsitzenden, entführte, um sie zu kompromittieren und zur Mitarbeit zu zwingen.[4])

Die Ereignisse nach dem Putsch wurden in der westeuropäischen Presse nur beiläufig erwähnt. Dabei sind sie in der Geschichte nur vergleichbar mit der „gründlichen" Arbeit der Nazi-Propaganda. Die Presse und alle Massenmedien wurden unter die Kontrolle reaktionärer Heeresoffiziere gebracht und von ihnen beherrscht. Aus dem Mord der sechs Generäle wurde Kapital geschlagen. Fernsehen und Zeitungen zeigten zwei Wochen lang die Bilder der verstümmelten Leichen. Der Putsch Untungs, zum Kommunistenaufstand verfälscht, wurde nach dessen Anfangsbuchstaben in „Gestapu" umbenannt (30. September-Bewegung) in deutlicher Anlehnung an die deutsche Gestapo. Die von der Armee publizierten angeblichen „Geheimdokumente" der PKI, nach denen die Kommunisten geplant hätten, die Bevölkerung Djakartas durch Vergiftung der Wasserleitungen auszurotten und in angeblich schon ausgehobenen Massengräbern zu verscharren, sowie die zitierte „Geheime Totenliste", nach der viele Religiöse, Offiziere und Bürger von den Kommunisten angeblich bereits zum Tode verurteilt worden seien, stellen die antikommunistischen Greuelmärchen der Nazis in den Schatten. Mit Hilfe dieser systematisch klug ausgedachten Haßpropaganda, die den Feind als gefährlich verbrecherischen Kommunisten schildert, bereiteten die neuen Machthaber die Masse auf die antikommunistische Hetzjagd vor.[5]) Besonders Studenten und Kinder wurden durch pausenlose Propaganda aufgewiegelt.

Wie in Hitlers Zeiten wurden die Haßkampagnen gegen eine Minderheit gerichtet: gegen Indonesier chinesischer Herkunft, die wie vormals die Juden als schlaue ausbeuterische Minderheit geschildert wurden, die eine Invasion Pekings vorbereite. Gerüchte wurden ausgestreut über die Vergiftung wichtiger indonesischer Führer durch Chinesen und über geheime chinesische Waffenlieferungen. Es wurden Verfolgungen organisiert, die wie die Pogrome im Dritten Reich verliefen. Kleinhändler, Ladenbesitzer und Angestellte waren die Opfer. Auf den kleinen Inseln wurden ganze Familien ermordet, ihr Hab und Gut verbrannt. Tausende wurden obdachlos oder ermordet. Die Mitglieder der Minderheitsorganisationen wurden verhaftet, aus Schulen und Universitäten entlassen, und ihnen wurde die Ausübung ihrer Berufe untersagt. Konzentrationslager wurden errichtet, in Djakarta wurde zu diesem Zweck das größte Warenhaus geräumt.[6])

Die Vertreter im Parlament wurden suspendiert. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Mitglieder anderer Gruppierungen, die treue Anhänger der Nasakom-Einheitsfront gewesen waren, wurden Opfer dieses „heiligen" Krieges. Sie wurden wegen indirekter Beteiligung an der „Gestapu" aus ihren Parteien ausgeschlossen oder verhaftet. Das Organ der christlichen Partei Indonesiens durfte erst wieder erscheinen, als die Sukarno-treuen Redakteure entlassen waren. Säuberungen fanden in der Armee, in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, in den Ministerien und in den Schulen statt. Man schätzt, daß über 50 000 Beamte entlassen wurden, über 30 000 Lehrkräfte, über 300 Universitätsdozenten und Professoren sowie über 80 000 Studenten und Schüler. Man schätzt, daß 200 000 Leute inhaftiert sind.

Der Vergleich mit dem Dritten Reich wird weiter verstärkt durch öffentliche Bücherverbrennungen und Verbot der Publikationen fortschrittlicher Intellektueller. Die Armee ermordete eine Anzahl Wissenschaftler, Filmschauspieler etc. Unter anderem sogar den größten indonesischen Autor Pramudja Ananta Tur. Die Bewaffnung und Uniformierung der rechts-extremistischen Jugendgruppen zur Bekämpfung der Kommunisten war das Vorspiel des organisierten Massenmordes, der in der westdeutschen Presse lakonisch als „Ausrottung der Kommunisten" (FAZ) oder „Aufräumung der

edition suhrkamp

jeder Band 3 Mark

Maurice Merleau-Ponty

Humanismus und Terror 1
Humanismus und Terror 2

Erstausgaben. Versuch über das Problem des Kommunismus. Der Autor begreift das Problem der kommunistischen Gewalt als ein politisches Phänomen, das nicht von außen entlarvt, sondern von innen verstanden und philosophisch diskutiert werden soll. Es ist nicht die Frage, ob der Kommunismus die Regeln des liberalen Denkens respektiert (was er offensichtlich nicht tut), sondern ob die ausgeübte Gewalt revolutionär ist und zwischen den Menschen menschliche Beziehungen herzustellen vermag.

Stuart R. Schram

Die permanente Revolution in China
Dokumente und Kommentar
(Erstausgabe)

Manifeste, Reden und Artikel von chinesischen Politikern, Äußerungen von Regierungsmitgliedern, Zeitungsberichte usw. erweitern die sehr lückenhafte Kenntnis von der politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas seit den dreißiger Jahren.

Henri Lefèbvre

Der dialektische Materialismus

Erstausgabe. Aus dem Französischen von Alfred Schmidt. Eine systematische Beschreibung des philosophischen Materialismus und seiner historischen Entwicklungsphasen.

indonesischen Armee" (Bild) mitgeteilt wurde. Bei diesen Wellen des Terrors sollen nach offiziellen Angaben 87 000, nach anderen Angaben über 200 000 Menschen umgebracht worden sein. Manche Dörfer wurden entvölkert, die Flüsse waren gefüllt mit Leichen, wie Augenzeugen berichten. Auf den Hauptstraßen sahen Reisende geköpfte Leichen; Kinder spielten mit den Köpfen Fußball.

Die Konservativen und die Armee „räumten auf", und die Kommunisten leisteten keinen Widerstand. Das stimmte viele westliche Journalisten kritisch gegen die These des „kommunistischen Aufstandes". „Die Welt" mißtraute früh den von der Armee lancierten Berichten: „Die Armee hat ein Interesse daran, der kommunistischen Partei zu schaden — Nachrichten über einen kommunistisch bewaffneten Widerstand oder kommunistische Greueltaten in Mittel-Java erfüllen diesen Zweck besonders eindrucksvoll." [7])

Der Prozeß gegen den Gewerkschaftsführer Njono im Februar dieses Jahres hat gezeigt, daß es im Interesse der reaktionären Armeeführung, die zugleich die führenden wirtschaftlichen Positionen besetzt, liegt, die PKI als den Brandstifter des Indonesischen „Reichstagsbrandes" zu beschuldigen. Njono bestritt glaubwürdig jede Beteiligung der Kommunisten, während der ebenfalls angeklagte Untung sie in den Mittelpunkt seines Putsches stellt. Besonders kritisch stimmt dabei, daß Untung offensichtlich dem geheimen Nachrichtendienst General Suhartos angehört hat, wie das Wochenblatt „Der groene Amsterdammer" berichtet, das über sehr gute Informationsquellen verfügt. Andere berichten, der Zeuge Major Kusmadi habe ausgesagt, Sukarno besitze ein Tonband der Offiziersversammlung vom 21. Sept., in der beschlossen worden sei, Sukarno zu stürzen und eine Militärdiktatur unter General Nasution aufzurichten.

Anfang dieses Jahres nun hat die Armeeführung offensichtlich erfolgreich ihre Diktatur stabilisieren können. Auch Sukarnos geradezu selbstmörderische Angriffe gegen die Armeeführung, gegen deren antikommunistische und reaktionäre Politik, konnten keine Änderung herbeiführen. Seine unter dem Begriff der Nasakom zusammengefaßten Anhänger waren zum größten Teil schon liquidiert und zudem auch nicht vorbereitet.

Durch die erfolgreiche Aktion am 11. März gegen den Sukarno-freundlichen Außenminister Subandrio hat General Suharto endgültig die Macht bekommen. Sukarno wird für die Außenwelt schonend behandelt — als Gefangener im Goldenen Käfig. Die friedliche Strategie der Nasakom führt eben zu der politischen Konsequenz, zu der die friedliche Strategie der Gewerkschaften und der KPD 1933 führte: zum politischen Schlachtfest der Rechten.

Die Entwicklung in Indonesien ist nicht allein mit Berlin 1933 zu vergleichen, auch mit Shanghai 1927, als die Generäle unter Tsjang-Kai-Sjek die Kommunisten ausrotteten und die Zusammenarbeit mit der Kuo Ming Tang zerschlugen: in beiden Fällen zum Nutzen der USA. Auch kann das indonesische Ereignis nicht isoliert betrachtet werden von den letzten Putschen der Militärs in Afrika, von dem aggressiven Auftreten der US-Truppen in der Dominikanischen Republik und von den Versuchen der USA, Nord-Vietnam und nach Möglichkeit auch die Volksrepublik China zu vernichten. Die — von der CIA eingeleiteten — Offensiven sollen die drohende Niederlage des amerikanischen Kapitalismus in Asien, Afrika und Südamerika verhindern. Der faschistische Putsch in Indonesien ist nur einer der vielen blutigen Schachzüge im internationalen Klassenkampf. Eine gute Partie für den Kapitalismus erwartet der englische „Economist", wenn er schreibt, mit dem Sturz Sukarnos sei einer der letzten bedeutenden antikapitalischen Politiker beseitigt worden. „Its our turn now in Afro-Asia!" [8])

Vietnam und Indonesien zeigen noch nicht das volle Ausmaß der Mittel, die Amerika in diesem Kampf bereit ist einzusetzen. Die Diskussion in Amerika, gegen China mit Atomwaffen vorzugehen, nimmt beständig zu. Was muß noch geschehen, damit die Linke die Harmlosigkeit ihrer Theorie des friedlichen Wettbewerbs einsieht und erkennt, daß sie so den Westen zum bedenkenlosen Einsatz kriegerischer Mittel noch herausfordert.

Piet van Ziegler

Piet van Ziegler war sechs Jahre Korrespondent in Indonesien; wegen der politischen Ereignisse mußte er das Land verlassen.

1) L. Stucki, Gefährdetes Ostasien, S. 41, 47, 50.
2) J. Mosman, Rebels in Paradise, S. 237, 241, 244.
3) Prof. Wertheim, Indonesian Society in Transition, S. 101 f., 112 f., 364, 358.
4) New York Times, 26. Okt. 65.
Neue Züricher Zeitung, 18. Okt. 65.
N R C, 13 Okt. 65.
Le Monde, 5. Okt. 65.
5) Konkret, Febr. 66.
6) Kieler Nachrichten, 21. Jan. 66.
7) Die Welt, 5. Sept. 65.
8) The Economist, 19. März 66.

Besuchen Sie unseren modernen Taschenbuch-und Schallplattenladen mit Espressotheke

in der Zülpicher Str.178 Universitäts-buchhandlung Dr.J.C.Witsch

RCDS – Vietnam sub specie Christ

Mein Taufschein ist intakt, das Gewissen auf dem Wege zunehmend erforderlicher Elastizität. Schließlich möchte ich nicht länger zum Pöbel gehören, zu den zersetzenden Elementen. Ich möchte auch nicht geistig unterentwickelt bleiben und bestimmt keine radikale Splittergruppe, vielmehr „student as such" mit dem politischen Verantwortungsbewußtsein, das dafür zugelassen ist, der nicht länger Bonner Gelder verplempert, die strategisch wirkungsvoller einzusetzen sind. Denn wo kämen wir hin, wenn, wie „Die Welt" sagt, die Studenten weiter sich selbst überlassen werden, um, wie auf einer Podiumsdiskussion in Frankfurt schlußfolgernd ergänzt wurde, möglicherweise zu lernen, Freiheit von Mord zu unterscheiden. Das möchte ich nun ganz und gar nicht. Schließlich ist Freiheit ja nicht jedermanns Sache und bestimmt schon gar nicht die Freiheit der Andersdenkenden, sondern zunächst einmal die Freiheit der Ohnehingleichen, und als solche garantiert sie das echte ökonomische Verhältnis zwischen den Entwickelten, zu denen wir im Freien Westen gottlob gehören, und den Unterentwickelten, die es nun geeignet zu entwickeln gilt. Inzwischen habe ich auch schon ein ausgeprägtes Gefühl für den Notstand und weiß, daß wir ihn nur unter strikter Vorwärtsverteidigung wirklich erreichen können. Dabei darf die Hintanstellung kleinlicher Überzeugungen keine Rolle spielen. Hier ist mir Erzbischof Gröbers „Handbuch der deutschen Gegenwartsfragen" eine wertvolle Hilfe und, wenn auch 1937 erstmals erschienen, keineswegs veraltet. Schließlich weiß er, daß es gegenüber allzu weichlicher Schonung des einzelnen wieder die Staatshoheit und das Lebensrecht der Gemeinschaft zu sichern gilt und daß es durchaus berechtigt ist, die kosmopolitisch-humanitäre Entartung der echten Humanität zu bekämpfen. Vielleicht denkt Ähnliches der stellvertretende Vorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten, der in einem Leserbrief den Kopf schüttelt über den politisch blinden Hilfswillen des Roten Kreuzes, das wahrhaftig Nord- und Südvietnam gleicherweise in seine Hilfe einbeziehen will. Weltins Meinung nach kommt das einer Verkennung von Henri Dunant gleich. Sicher hätte der besser daran getan, echte Humanität breitengradmäßig festzulegen. Eine Zumutung scheint es meinem christlichen Kommilitonen auch, Vietcong-Terroristen und gefallene Amerikaner in einem Atemzug zu nennen. Natürlich gibt es da einen Unterschied. Es ist doch erstaunlich, daß diese Vietcong stellenweise sogar ohne Waffen kämpfen. Laut Zeitungsmeldung fand man kürzlich bei 314 Toten nur 18 Waffen. Und dabei ist ein toter Vietcong eine ungeheure Investition, die nach amerikanischer Schätzung etwa 1,5 Millionen beträgt. Bei einem solchen Aufwand ist es natürlich nicht zu umgehen, daß, wie die „Frankfurter Allgemeine" mitteilt, gleichzeitig 9 Zivilisten ums Leben kommen. Aber hier ist Gefühlsduselei fehl am Platze. Im oben erwähnten Leserbrief steht ja auch, daß die Tatsache, daß Churchill Phosphor auf Gerechte und Ungerechte fallen ließ, nichts an dessen lauterem Charakter ändere. Am liebsten möchte man diesen Toten noch nachrufen, was der Ring Christlich Demokratischer Studenten in seinem Auftakt zur Unterstützung der US-Vietnam-Politik so schlüssig formulierte, daß nämlich das Leben der einzelnen nicht der höchste Wert ist und daß daran erinnert werden muß, daß die Freiheit notfalls auch Menschenleben kostet — ungeachtet dessen, daß diese Menschen ihrer ja wohl nicht mehr bedürfen. Daß, christlich gedacht, auch das Schweigen der Waffen nicht der höchste Wert ist, wußte schon Erzbischof Gröbers — vom gesamten Episkopat seinerzeit empfohlenes — Handbüchlein: „Die Kirche weiß endlich auch, daß nicht bloß der Bestand der Staaten und Völker, sondern auch der christlichen Kultur einzig durch die Macht des Schwertes verteidigt werden kann." Wo Höheres im Spiel ist, sollte man eben nicht pingelig sein. Das gilt auch für die zugegeben üblen Fotos, die gelegentlich durch einen Teil der Presse gehen und die unter anderem einen toten Vietcong zeigen, der an einen amerikanischen Panzer gebunden durch die Gegend geschleift wird. Gerade wir haben doch noch in bester Erinnerung, was dazu gehört, so etwas durchzumachen und trotzdem anständig geblieben zu sein. Deshalb ist es sicher richtig, wenn der Ring Christlich Demokratischer Studenten meint, es sei ein Gebot des Anstandes und der politischen Vernunft, den Soldaten moralisch den Rücken zu stärken. Schließlich kann das ja nicht allein auf den dafür abgerichteten Mädchen in Saigon hängenbleiben. Und wenn Senator Morse sagt, daß die USA in Vietnam eine Gesellschaft der Tyrannei mit Millionen von Dollars unterstützen, so nimmt das wunder; denn der Chef der Regierung hat sich keinen Geringeren zum Vorbild genommen als Hitler.

Ich hoffe, daß ich nun bald kein destruktiver Typ mehr bin, der ja als „politische Kanaille in spe" nach neuesten Untersuchungen das Produkt gestörter Familienverhältnisse zu sein hat. Nur neulich machte mich noch einmal eine Nachbarin stutzig, als nämlich die New Yorker Börse einen Kurssturz registrierte, weil sie sich (fälschlich) Friedensverhandlungen ausgesetzt glaubte. Aber auch dafür habe ich inzwischen eine zufriedenstellende Erklärung gefunden: Eben weil es unsere vornehmste Aufgabe ist, den Frieden zu retten, müssen wir alles daran setzen, den Krieg zu gewährleisten.

Mare Becker

Quellen:
Welt am Sonntag, 20. 3. 66 / Die Tat, 19. 2. / Die Welt, 7. 2. / Gröber: „Handbuch der deutschen Gegenwartsfragen", 1937 / FAZ, 29. 1. 66 / Der Spiegel, Nr. 12/66 / Erklärung des RCDS vom 3. Februar / Frankfurter Rundschau, 4. Februar / Süddeutsche Zeitung, 19./20. 3.

Biermann – Diskussion um eine sozialistische Kulturpolitik

Zieht man die Reaktionen des notorisch antikommunistischen Teils der bundesdeutschen Presse ab, so läuft das Résumé der Auseinandersetzungen mit den jüngsten kulturpolitischen Ereignissen in der DDR ziemlich einhellig auf die These hinaus, der gesamtdeutsche Kleinbürger — wie hüben auch drüben an der Macht — habe den Geist in seiner vornehmsten Gestalt, der des Dichters, malträtiert. Hochhuth hier und Biermann dort werden zum Beweis für die Parallelität der Ereignisse angeboten. Solch undifferenzierte und formalisierende Betrachtung muß notgedrungen auf sich beruhen, wo sie von liberaler Position her formuliert wird — will man nicht zuvor Grundlagen sozialistischer Gesellschaftstheorie diskutieren. Von sozialistischer Seite vorgetragen [1]), und sei es nur durch Gleichförmigkeit, die gleichen Inhalt suggeriert, provoziert sie Widerspruch.

Es scheint nämlich, daß die sympathische Sympathie mit Wolf Biermann auch dort den kritischen Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge getrübt hat.

Welcher Art diese Zusammenhänge in der Bundesrepublik sind, ist zu oft ausgesprochen worden, als daß es mehr als einer Andeutung bedürfte: Die relative Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in einigen hochentwickelten Ländern läßt den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nicht mehr sinnfällig-individuell, sondern nur noch gesellschaftlich und damit intellektuell vermittelt erscheinen. Während das geschichtliche Subjekt der Revolution, zum Konsumenten manipuliert, alle Hände voll zu tun hat, befällt die Schriftsteller, mit schärferem Blick für die gesellschaftliche Perspektive ausgestattet, das Unbehagen. Äußern sie es, so stellen sie damit objektiv die herrschenden Produktionsverhältnisse in Frage.

Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, aus denen heraus allein die kulturpolitischen Erscheinungen in der DDR verständlich werden, erfordert intellektuelle Anstrengung. Jenes Totalitarismusdogma ist zu überwinden, das — als Theorie schon in Agonie [2]) — von der Publizistik immer noch emotional aufgeladen unters Volk gebracht wurde. Eine an der Wirklichkeit orientierte Untersuchung muß zunächst erinnern: Die Sozialistische Einheitspartei hat auf dem Boden der Machtverhältnisse, die der zweite Weltkrieg in Deutschland zurückließ, seit dem Jahre 1952 [3]) einen revolutionären Prozeß in Gang gesetzt, als dessen Ergebnis schon jetzt eine nahezu vollkommen solidarisch verfaßte Volkswirtschaft [4]) festgestellt werden kann. Dieser Prozeß, gegen ungeheure Schwierigkeiten in Gang gehalten und von diesen moduliert, setzte zugleich die Grundlagen für ein neues gesellschaftliches Bewußtsein. Die Entwicklung dieses Bewußtseins konnte freilich nur in dem Maße fortschreiten, in dem der objek-

tive Prozeß intellektuell einsichtig oder unmittelbar erlebbar wurde. Beiden Möglichkeiten der Vermittlung standen Hindernisse entgegen. Das individuelle Erlebnis der neuen sozialistischen Wirtschaftsverfassung scheiterte an der notwendig einseitig zentralistischen Organisation der Industriewirtschaft in der ersten Phase ihrer Entwicklung. Insofern hat erst das Neue Ökonomische System neue Ansatzpunkte geschaffen. Der intellektuellen Vermittlung der neuen Wirklichkeit standen die Denkformen des entfremdeten Bewußtseins entgegen, die sich in wo nicht verstockter, so doch skeptischer Haltung äußerten. Beide Momente, ohnehin nicht isoliert wirklich, sondern wechselwirkend sich verstärkend, wurden potenziert durch die vielfältig sich vollziehende Kommunikation mit der Wirklichkeit im anderen deutschen Staat. Die Kunde von westdeutschen Arbeitern, die ob ihrer kapitalistisch verfaßten Arbeitswelt keineswegs in Verzweiflung fallen, und die durch West-Fernsehen unmittelbare Anschauung des formal-demokratischen Betriebs, dessen Teilhabe im Unterschied zur eigenen Ordnung eben keine langwierige theoretische und praktische Vorarbeit voraussetzt, und schließlich die vorzüglich auf dem nämlichen Wege vermittelte wirtschaftliche und politische Gesamtleistung des westdeutschen Staates haben die schon traditionell vorhandene Skepsis gegen Umweltveränderung befördert und Ansätze einer neuen Bewußtheit ständig relativiert. Die Entwicklung ist freilich inzwischen über diese Ansätze hinausgegangen. In dem Maße, in dem der Zentralismus der ersten Phase durch neue tendenziell genossenschaftliche Organisationsformen abgelöst werden konnte, wurde der Prozeß subjektiver Erfahrung der neuen solidarischen Wirklichkeit freigesetzt. Andererseits bewirkten die gewaltigen Bildungsanstrengungen der Partei, der immerhin jeder fünfte beschäftigte Bürger zugehört, eine fortschreitende Aufhellung des geschichtlichen Orts der DDR und der Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Erkenntnis nun, daß der Konflikt zwischen den hier skizzierten Tendenzen bisher nur partiell nach vorn gelöst ist, ist Bedingung jeder weiteren erfolgreichen Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen in der DDR. Dieses Ergebnis kann auch bei Einbeziehung aller Umstände nicht verwundern. Zunächst eignet dem Staat DDR die Ambivalenz jedes sozialistischen Staates: auf der einen Seite die Notwendigkeit, zur Durchsetzung und Sicherung der Macht die Repressionsgewalt Staat noch einmal zu voller Wirksamkeit zu entfalten; auf der anderen Seite die selbstgesetzte Forderung, das Versprechen, sozialistischer Staat zu sein, in erlebbarer Zeit einzulösen, Sozialismus zu verifizieren in einer Gesellschaft, die ihrer neuen Qualität noch nicht inne geworden ist. Die Mühen der Ebene, in einem Bilde von Brecht zu reden, sind im Falle DDR zudem deshalb größer als die des Gebirges, weil hier Sozialismus auf zunächst niedriger Entwicklungsstufe der Produktionskräfte, dazu in einem geteilten Lande und mit der Welt drittstärkster Industriemacht Tür an Tür praktiziert wird.

Diese Einsichten sind freilich auch in der DDR verbreitet; die notwendige Konklusion aus ihnen wurde aber bisher ständig durch die selbsttäuschende Formel von der „politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung" überspielt.

Tatsächlich ist das Bewußtsein, einer selbständigen sozialen und staatlichen Einheit anzugehören, weitverbreitet. Dies impliziert aber nicht auch schon Wissen über die neue Art der Zugehörigkeit, um das es hier geht: die Bewußtheit des qualitativ neuen Sachverhalts einer solidarisch verfaßten und verwalteten Gesellschaft, der Stellung des einzelnen darin und die daraus resultierende neue Qualität möglicher gesellschaftlicher Aktivität, die die gesellschaftliche Wirklichkeit als ein Zusammenhandeln von Menschen erst als neue konstituiert.

Der Kampf um die Durchsetzung dieses Bewußtseins, eine Spätform des Klassenkampfes in Gestalt des Konfliktes zwischen antagonistischen Bewußtseinsstrukturen, findet in der Kunst als einer Form verdichteter Reflektion der Wirklichkeit ein Medium ersten Ranges. Sofern solche Reflektion gesellschaftliche Wirklichkeit zum Gegenstand hat, entfaltet sie immer auch politische Wirkung. Diese Grunderkenntnis und ihre operationale Konsequenz bestimmen seit je das Verhältnis leninistischer Parteien zur Kunst. Um den daraus folgenden Anspruch der politischen Bewegung an die ihr verbundenen Künstler ging es bei der Kulturdebatte im Dezember des vergangenen Jahres.

Es wurde nicht verhehlt [5]), daß auf den Zeitpunkt — vermutlich auch auf die Form — der Auseinandersetzung jene nach Ursache und Unwertgehalt durchaus unterschiedlichen Aktivitäten Jugendlicher mitgewirkt haben, die von der Skepsispflege an der Leipziger Theaterhochschule bis zu den Sexualverbrechen der Halleschen „Freundschaftskanne" reichen. Wo die ganze Auseinandersetzung zu einem Fall Biermann/Heym personalisiert wurde, mußte der Zusammenhang freilich unentdeckt bleiben. Tatsächlich haben aber gerade diese Erscheinungen auf ihre Art das Ausmaß signalisiert, in dem die wirkliche Entwicklung noch von der voreilig zur Wirklichkeit proklamierten „politisch-moralischen Einheit des Volkes" differiert. Niemand hat ernstlich die Künstler anstelle gesellschaftlicher Sachverhalte für das haftbar gemacht, was mit Erschrecken registriert wurde. Der Befund aber, eine Klassenkampfsituation in neuer Form auf der einen, ein veraltetes Waffenarsenal auf der anderen Seite, mußte notwendig den Blick dorthin lenken, wo ein Teil der Waffen produziert wird.

Die Kritik traf mit unterschiedlicher Berechtigung Erscheinungen von unterschiedlich gefährlicher Tendenz. Mit den Filmen „Das Kaninchen bin ich" und „Der Frühling braucht Zeit" etwa wurden Künstler kritisiert, die nach eigener selbstkritischer Darstellung [6]) im Schutze der größeren inneren Stabilität seit dem 13. August 1961 sich daran machten, den kritischen Akzent in ihrer Kunst zu verstärken, und dabei die Erkenntnis vernachlässigten, daß die Filmkunst eine „ideologische Waffe (zur) Festigung der sozialistischen Macht" sei, „so wie die Dinge heute nun mal liegen in Deutschland und der Welt".[6])

Ob die Reproduktion inzwischen überwundener Schwierigkeiten in der Strafjustiz der ersten Zeit nach Art des „Kaninchens" gegenwärtig, ob die abstrakt-statische Verarbeitung entfremdeter gesellschaftlicher Teilbeziehungen zum Monument sozialistischer Gesellschaft in „Frühling braucht Zeit" überhaupt sinnvoll ist, kann in der Tat zweifelhaft sein. Zwar steht die erschöpfende Definition des „Sozialistischen Realismus" noch aus.[7]) Was aber zum gesicherten Bestand dieser Theorie gehört, liefert durchaus Kriterien, an denen Kunstwerke auf ihre Tauglichkeit im Prozeß der Umwälzung des gesellschaftlichen Bewußtseins zu prüfen sind. Zuallererst verwirft sozialistischer Realismus die Methode, gesellschaftliche Erscheinungen isoliert zu reflektieren; als dialektischer Realismus ist er theoretischer Ausdruck künstlerischer Praxis, die Erscheinungen nach ihrem Zusammenhang, in ihrer Bewegung, ihrer Richtung und damit erst in ihrer Wirklichkeit darstellt. Sodann kennzeichnet den sozialistischen Realismus die neue Qualität des gesellschaftlichen Engagements, die aus der neuen dialektischen Erkenntnis der Wirklichkeit erwächst: den kritischen Realismus in sich aufhebend und überwindend, die Gesellschaft aktiv auf das

Cervantes' Don Quichotte sagt von sich selbst:

Ich trinke, wenn ich Grund dazu habe, manchmal aber auch, wenn ich keinen habe.

8053 C

Wie man sieht, hat sich auch dieser streitbare Don daran gewöhnt, zwischendurch mal eine Pause mit prickelnd-frischem „Coca-Cola" zu machen.

„Coca-Cola" ist aber nicht nur eine Absage an den Durst, sondern gleichzeitig auch eine wunderbare Erfrischung.

Mach mal Pause . .

Normal-flasche — Familien-flasche

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

Ziel hin mitzugestalten, in dem Humanismus politisch Gestalt gewinnt.
Das bedeutet, mit der Darstellung von Konflikten, die nicht nur aus den Muttermalen der alten Gesellschaft ererbt, sondern in der neuen auch neu produziert werden, die Darstellung ihrer Lösbarkeit und konkreter Lösungsmöglichkeiten zu verbinden.
Diesen Kriterien ist niemand verpflichtet, der es nicht auch der Theorie nach ist, aus der sie abgeleitet sind. Wolf Biermann allerdings, der sich vielfach zur Partei dieser Theorie bekannt und gar um Aufnahme in ihre Reihen nachgesucht hat, wird sich an ihnen messen lassen müssen.
Nun beschränkt sich seine literarische Produktion keineswegs auf die wenigen inkriminierten Gedichte, wie man nach der einseitigen Auswahl aus seiner Westberliner Veröffentlichung [8]) durch die westdeutsche Presse glauben könnte; und es ist ein schwerer Mangel der Auseinandersetzung in der DDR, daß so hervorragende Lieder wie „Fredi Rosmeisl", „Genosse Julian Grimau", „Briefträger aus Baltimore" und „Warte nicht auf bessere Zeiten" auch dort so wenig zur Sprache gekommen sind. Aber alle diese Gedichte können nicht verstehen machen, warum Biermann seine „Rücksichtslose Schimpferei" [9]), nachdem sie, zu Papier gebracht, ihren psychologischen Zweck erfüllt hatte, nicht in die Schublade legte, statt sie — welche politische Demonstration — in Westberlin zu veröffentlichen. Den Absturz von Goethes „Edel sei der Mensch" zu Biermanns „Mann der in einen Scheißhaufen trat", hat Sindermann auf dem 11. Plenum hoffentlich nur im Scherz beschworen.[10]) Aber es ist in der Tat ein weiter Weg von Bertolt Brechts Mahnung:

„Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg
ohne uns ist er der falscheste.
Trenne dich nicht von uns!
Wir können irren und du kannst recht haben also
trenne dich nicht von uns!"[11])

zu Wolf Biermanns:

„Geht mir weg mit euren Schwammfressen!
Geht beleidigt und entrüstet!
Geht mit Kopfschütteln über meine falsche Haltung
aber g e h t!
. . . laßt mich bitte allein sein
auf der schiefen Linie
getrennt vom Kollektiv." [12])

Eine verständige Kritik übersieht nicht, wie stark Biermanns Dichtung von revolutionärer Ungeduld geprägt ist.[13]) Aber hier hat sich die Ungeduld überschlagen, ihren Inhalt erdrückt. Biermann hat die revolutionäre Disziplin vergessen.
Auch solche Erkenntnis kann freilich nicht die Form rechtfertigen, in der die Auseinandersetzung mit Biermann geführt wurde: die der persönlichen Verunglimpfung, wie der Deutsche Schriftstellerverband im Bezirk Halle sie zu recht kritisiert hat.[14]) So formale Vorwürfe wie, Biermann habe „Worte aus dem Bereich der Kloake in die Lyrik eingeführt" (Abusch) und „einige Ausdrücke der Fäkaliensprache . . . in . . . Verse montiert" (Fritz Selbmann), müssen aus der Feder wissenschaftlicher Sozialisten verwundern. Auch sonst, und das Unisono macht die Sache zum Ärgernis, ist kritische Analyse durch emotionales Aufbegehren ersetzt worden.
Gerade darin deuten sich aber auch die Ursachen an, welche die Kulturdebatte zu einem Eklat werden ließen. Sie liegen freilich tiefer als diejenige Presse glauben machen möchte, die DDR-Politik schlechthin nur als Machination ungebildeter Parteifunktionäre zu begreifen vermag. Tatsächlich ist die Entwicklung nur aus dem Umstand verständlich, daß es an einer einheitlichen, wissenschaftlich fundierten Kulturpolitik und ihrem notwendigen Unterbau, dem intensiven Dialog der Künstler mit und in den gesellschaftlich verantwortlichen Organen bisher gefehlt hat.
Welche Rolle dabei die jahrelange Vernachlässigung von Soziologie und Psychologie in der DDR gespielt hat, ist inzwischen erkannt. Vom Blickpunkt des Schriftstellers hat jüngst Christa Wolf diese Versäumnisse beklagt.[15])
Ungeklärt scheint dagegen noch zu sein, wie es zur Vernachlässigung jener kulturpolitischen Anregungen gekommen ist, die schon vor eineinhalb Jahren auf der II. Bitterfelder Konferenz vorgetragen wurden und eben solche Mitwirkung der Künstler an der Kulturpolitik im Auge hatten, die bisher fehlte. Auf diesem Kongreß sozialistischer Schriftsteller, der auch die grundsätzliche Aufgabenstellung für die gegenwärtige künstlerische Arbeit in der DDR formulierte, hatte Walter Ulbricht als Vertreter des ZK der SED eindeutige Kritik an der Arbeitsweise des Kulturministeriums geübt und die Notwendigkeit betont, „Schriftsteller und Künstler stärker als bisher verantwortlich in die Ausarbeitung und Durchführung der Kulturpolitik einzubeziehen", um sie von einem Objekt dieser Politik zu ihrem Subjekt zu machen.[16]) Eine der organisatorischen Formen sollte die Mitarbeit in jenen Beiräten sein [17]), deren Bildung dann im Januar dieses Jahres, in westdeutschen Zeitungen als totalitäre Reaktion kunstfeindlicher Funktionäre ausgegeben wurde.
Daß hier Versäumnisse der gesellschaftlichen Leitungsorgane gewirkt haben, zeigt die Absetzung des Kulturministers Bentzien und seines Stellvertreters Witt. Offen bleibt freilich der Umfang, in dem die zuständigen Organe der Sozialistischen Einheitspartei selber, als der politisch letztverantwortlichen Macht, dafür verantwortlich sind.
Die Kenntnis der Bitterfelder Konferenz macht schließlich zwei Schlußfolgerungen möglich:
Nach der Feststellung, daß die Kulturdebatte nichts anderes intendierte, als den dort formulierten Leitsätzen Geltung zu verschaffen, erweist sich das von wohlwollenden westlichen Kritikern vorgetragene Argument des schlechten Eindrucks in der westlichen Welt als die Forderung an die SED, ihre Kulturpolitik überhaupt aufzugeben; man wird aber einsehen müssen, daß diese Politik als Teil der gesellschaftlichen Gesamtkonzeption für die DDR selbst und nicht als Instrument der Sympathiewerbung im westlichen Ausland konzipiert wird.
Zum anderen wird sichtbar, daß bei gründlicher Analyse manch bange Frage westdeutscher Publizisten — wie die von Kai Hermann, ob denn nun Stalin nach Ostberlin zurückkehre [18]) — uns und ihnen erspart worden wäre. Wie wenig der Weg zurück nach Bitterfeld zu tun hat mit dem Weg zurück in den Schematismus der Stalin-Ära beweisen jene kritischen Diskussionsbeiträge, die — in der Bundesrepublik kaum zur Kenntnis gebracht — immerhin die Verbindlichkeit für sich haben, die einer Veröffentlichung im Zentralorgan der SED zukommt. Der Dramatiker Helmut Baierl sagt denen „einen unnachsichtigen Kampf an", die in dem Wort Skeptizismus jetzt einen Topf sehen, in den jede kritische Äußerung geworfen werden muß" [19]). Hasso Mager fragt: „Kann man auf einmal vergessen, daß Kritik und Selbstkritik ein fundamentales Entwicklungsgesetz unserer Weltanschauung . . ist?" [20]), und Klaus Wischnewski, Defa-Mann und Parteimitglied, drückt seine Auffassung aus, daß „Fragen der Individualität, des subjektiven Ausdrucks in der Kunst, Kühnheit, Aufdeckung und Gestaltung von Widersprüchen als die Hauptaufgabe und -methode der Kunst nach wie vor auf der Tagesordnung bleiben".[21])
Solche Beiträge, die das Wort Kulturdebatte als berechtigt erweisen, kennzeichnen, wie Diskussion auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand möglich ist. Um das Mögliche ging es in dieser Debatte. Es ging wie der Regisseur Konrad Wolf formulierte, um die Erkenntnis, „daß wir uns nach wie vor in der Situation des revolutionären Klassenkampfes befinden" [22]), und um die Forderung, in diesem Kampf Partei zu ergreifen, statt „Frontbedingungen durch Hinterlandbedingungen zu ersetzen".[23]) Es ging also nach zwei Schritten vorwärts, von denen einer zuviel war, einen Schritt zurück zu den Möglichkeiten, über die die gesellschaftliche Praxis entscheidet.

Wilfried Lahno

1) vgl. z. B.: Klaus Stuckmann, Bedenkliche Angriffe gegen Literaten in der Bundesrepublik und in der DDR, in: Sozialistische Hefte 1/66, S. 27 ff.
2) vgl.: P. C. Ludz, Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Studien und Materialien zur Soziologie in der DDR, Köln und Opladen (1964).
3) Zweite Parteikonferenz der SED, 9.—12. 7. 1952: Beschluß über den Aufbau des Sozialismus.
4) Anteil der sozialistisch organisierten Wirtschaft am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts 1964 = 86,5 %, Statistisches Taschenbuch der DDR 1965, Berlin 1965.
5) vgl.: Honecker in „Neues Deutschland" vom 17. 11. 1965; Ulbricht in „Neues Deutschland" vom 23. 1. 1966.
6) Klaus Wischnewski in „Neues Deutschland" vom 6. 1. 1966.
7) zum gegenwärtigen Stand der Diskussion in der Sowjetunion vgl.: Inwanow, „Der sozialistische Realismus", Berlin 1965.
8) Wolf Biermann, „Die Drahtharfe", Berlin 1965.
9) ebd. S. 69 ff.
10) in „Neues Deutschland" v. 19. 12. 1965.
11) Bertolt Brecht, „Wer aber ist die Partei?", in „Ein Lesebuch für unsere Zeit", Berlin und Weimar 1964, S. 30.
12) Biermann, a.a.O., S. 70 f.
13) vgl. vor allem: „An die alten Genossen", Biermann, a.a.O., S. 67 f.
14) ref. bei Sindermann, a.a.O.
15) in „Neues Deutschland" v. 19. 12. 1965.
16) Ulbricht in „II. Bitterfelder Konferenz", Berlin 1964, S. 71 ff.
17) ebda S. 146.
18) Herman, Stalins Rückkehr nach Ostberlin, in „Die Zeit" Nr. 50 v. 10. 12. 1965, S. 3.
19) In „Neues Deutschland" vom 6. 1. 1966.
20) in: „Neues Deutschland" vom 29. 12. 1965.
21) in „Neues Deutschland" vom 6. 1. 1966.
22) zit. nach „Frankfurter Rundschau" v. 9. 2. 1966.
23) Bernt v. Kügelgen in: „Der Sonntag" Nr. 51/65 vom 19. 12. 65.

Beachten Sie! Monatsschrift POLEN

Ausgabe in deutscher Sprache · eine hübsch illustrierte Zeitschrift der polnischen Literatur, Kultur, Kunst und Wissenschaft gewidmet. Jede Nummer bringt interessante Berichte aus Polen, Fragmente interessanter polnischer Neuerscheinungen aus dem Gebiet der Poesie, Prosa und Dramaturgie. Viel Platz wird den Abhandlungen über Musik, Malerei, Graphik und Theater sowie historischen Essays gewidmet. Außerdem finden Sie in jeder Nummer: Briefwechsel mit den Lesern, Informations - Service, Reproduktionen von Kunstwerken. Umfang: 48 Seiten, Format 275×365 mm
Einzelverkaufspreis: DM 1.- Jahresabonnement: DM 12.-
Bestellungen für Monatsschrift POLEN nehmen an:

W.E. Saarbach GmbH 5 Köln 1 Gertrudenstr. 30

Kriegsdienstverweigerung oder Gilt noch das Grundgesetz?
ro-ro aktuell Bd.
Rowohlt-Verlag Hamburg 1966

Die Reihe ro-ro-ro-aktuell, die neben so schwachen Bänden wie der modifiziert neokolonialistischen Apologie des amerikanischen Völkermords (Halberstam, Vietnam) oder den Wahlkampfbüttenreden einiger Pinscher (Plädoyer für eine neue Regierung — Hochhuths und Augsteins Beiträge dieser Kritik ausgenommen), so entscheidende Bücher wie Havemanns „Dialektik ohne Dogma" und „Information oder herrschen die Souffleure?" gebracht hat, ist bereichert. Bd. zeigt die obrigkeitliche Behandlung einer Minderheit, die nicht recht in die Formulierungsvorstellungen einer anderen Minderheit, der herrschenden, hineinpaßt. Herausgeber Liepmans ehrlich genannter „Moralpredigt", den behandelten GG- und Wehrpflichtgesetztexten folgen Berichte auf ihr Gewissen untersuchter Kriegsdienstverweigerer über Inquisition und Inquisitoren. Erkennbar wird vor allem die dominierende Rolle des Vorsitzenden, der beratende Stimme, die ihm gesetzlich einzig zukommt, mit Manipulation vertauscht. Fangfragen, Lügen, falsche juristische Belehrungen — seine Methoden. Primitivität, militärisch-juristischer Jargon, Unverschämtheit — Qualitäten seines Auftretens. Die Rolle des Staatsanwalts und Richters erobernd bestimmt er „die gesamte Persönlichkeit des Antragstellers und sein sittliches Verhalten." Kostproben ersparen dem Rezensenten und fordern vom Leser Ideologiekritik:

„Aber die Frankfurter Soziologiestudenten . . . die scheinen total verwirrt zu sein." Der „Verwirrer" Adorno, wäre er nicht jeglicher Äußerung abhold, die politische Konsequenzen hervorrufen könnte, dürfte zu dieser Verleumdung nicht schweigen, die ihm und seiner Schule wissenschaftliche Qualität ab- und Psychosen züchtende Manie zuerkennt.

Der Antragsteller: Er sei Lehrer und solle die Kinder in der Erfurcht vor dem Leben erziehen. Er könne keinem Mann das Bajonett in den Leib rennen, mit dem er als Zivilist gut befreundet sein könnte. Der Vorsitzende: „Das ist eine jugendliche und leichtfertige Feststellung, die gar nicht immer zutrifft." Menschliches Verhalten wird damit zur Übergangsflause jugendlicher Wirrköpfe degradiert — Erziehung durch den jeweils Herrschenden treu ergebene Juristeneltern und durch HJ wird dem Vorsitzenden selbst diese Periode erspart haben.

„Der Kläger hat sich darauf berufen, daß sein Onkel im letzten Krieg wegen Fahnenflucht verurteilt worden ist. Bedenken Sie mal, der hat seinen Eid auf die Fahne geleistet und dann läuft er davon." Dolchstoß-, Vaterlandsverräter-, Widerstandsschimpfe feiert in diesen vom Bundesverteidigungsministerium ausgesuchten, zum Richteramt befähigten Juristen autoritäre Urständ. Jurist — Diener der Herrschenden. Herrschende Meinung — Meinung der Herrschenden: „Es entspricht nicht der Natur des Menschen, daß er so veranlagt sei, das Töten schlechthin abzulehnen. Er tötet die Schnake auf der Hand, die Kuh, das Kalb, um zu leben. Er wendet auch Gewalt an, im Krieg, wenn gekämpft wird. Das ist das Argument des Natürlichen." Daß das „Natürliche" keineswegs so natürlich ist, zeigt in dem Band nicht zuletzt der ausgezeichnete Beitrag Rechtsanwalt Hannovers. Seine Ideen zu den herrschenden zu machen, reicht nicht aus, wie einige liberale Juristen glauben, die herrschenden Ideen verbal anzukratzen. Die Herrschenden selbst müssen Ziel der Agitation und der Veränderung sein.

- led -

Wer sich eingehender über Kriegsdienstverweigerung informieren will, wende sich an die IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner) und den VK (Verband der Kriegsdienstgegner), die bei den Verhandlungen auch Rechtsbeihilfen stellen.

ANTIQUARIAT HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben - Erstausgaben des Expressionismus - Zeitschriften und Bücher der Avantgarde - Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 **An der Kolumbakirche**

Stuart R. Schram
Die permanente Revolution in China
Dokumente und Kommentare —
edition suhrkamp 151

Kümmerliche Sachliteratur im deutschen Sprachbereich über eine der neuesten Formen des politischen Systems ist durchbrochen durch die Übersetzung von Schrams „Révolution Permanente en Chine". Einer Darstellung des marxistisch traditionellen Verständnisses der permanenten Revolution (Marx, Parvus, Trotzki, Lenin, Luxemburg), dessen Diskussion noch heute für viele linke Splitter Aktionsersatz bedeutet, folgt der Versuch, Analogie zwischen der Theorie der permanenten Revolution und Bu Duan Ge Ming herzustellen, dem Kernmerkmal des heutigen politischen Systems in China. Es ist a l l g e m e i n — nicht nur für führende Persönlichkeiten — Grundlage der neuen chinesischen Denkweise, deren geistesgeschichtliche Entwicklung sich bis zum Beginn chinesischer Philosophie verfolgen läßt.

Das Wort Revolution hat im Chinesischen die Bedeutung von Erneuerung des Lebens. Duan Ge Ming meint eine fehlgeschlagene Erneuerung des Lebens. Bu Duan Ge Ming dagegen ist nicht einfach Negation davon, sondern heißt: sich bemühen, daß die Erneuerung des Lebens nicht gestört oder zerrissen wird. Dieser Gedanke impliziert Bewegung, Tat, fordernde Aktion, die mit der realistischen Praxis abzuwägen ist. Es ist keine bloß politische Theorie, sondern eine Grundlage, die realen Widersprüche durch tatsächliche Aktion zu lösen, und zwar nicht durch Kompensation; gemeint ist eine Lösung innerhalb der gegebenen widersprüchlichen Situation; ist doch Gegensätzlichkeit seit jeher für die Chinesen Grundvoraussetzung der Erkenntnis. Verabsolutierende Metaphysik war für die Chinesen immer lebensfremd. Fortschritt besteht nur in der ständigen Überwindung der Widersprüche, die solange existieren wie die menschliche Gesellschaft. Das Neue: Bu Duan Ge Ming ist systematisch eingefügt in die politische Struktur. Das gleiche gilt für den dialektischen Materialismus. Dialektische Denkweise ist ein uraltes chinesisches Phänomen; anti-idealistisch waren fast alle bekannten chinesischen Denker, vor allem der Materialist Hsün Tse, der zur Zeit der Vorsokratiker lebte, dessen Materialismus aber konsequenter und vollständiger ist. Neu für heute ist eine schöpferische Rationalisierung. Entscheidende Initiatoren für diese Systematisierung und Weiterentwicklung sind die non-metaphysischen abendländischen Denker — vor allem natürlich Marx und Lenin. Zufall ist es nicht, daß der Marxist Brecht eng verbunden ist mit der realistischen dialektischen Philosophie der Chinesen.

Das beachtenswerteste Kapitel: „Dialektische Ideologie und Realdialektik". Neben Lao Tse hätte Schram allerdings Mê Tse und Tschuang Tse und ihre sozialrevolutionären Theorien erwähnen müssen. Der Hinweis auf die ideologischen Hintergründe des Peking-Moskau-Konflikts als eines nichtantagonistischen Widerspruchs ist in diesem Zusammenhang erst einleuchtend. Diese in der Substanz des Denkens begründete Differenz kann nicht über das gemeinsame Ziel aller Marxisten, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, hinwegtäuschen.

Da China und Mao Tse Tung nur innerhalb geschichtlicher Totalität zu erklären sind, reicht die pragmatische Wissenschaftlichkeit von Schrams Untersuchung oft nicht aus. Werturteile können keinen Ersatz bieten für die Erklärung der scheinbar spontanen Widersprüchlichkeit des Widerspruchs in diesem Land. Leider hat Schram das eigentliche Phänomen des Maoismus im Rahmen der Realdialektik zu wenig ausgeführt, so daß dessen völlig neue Form, realisiert nach der Struktur der chinesischen Gegebenheiten, ohne Veränderung des marxistischen Kerns nicht erkannt werden kann. Das vollbringt jedoch die kritische Lektüre der Dokumente, die mehr als die Hälfte des Buches ausmachen. Die Übersetzungen lassen viele Nuancen jedoch unentdeckt. Oberflächlichkeit muß daher der erste Eindruck sein. Um beim dargestellten Beispiel zu bleiben: Der strukturelle Zusammenhang zwischen Bu Duan Ge Ming und Volkskommune — als reales Produkt der Erneuerung des Lebens — bleibt verschwommen.

Die demokratische Revolution im vietnamesischen Bürgerkrieg erweist sich musterhaft als Teil der Entwicklung des weltgeschichtlichen Prozesses, auf dem das heutige politische System in China beruht. Die sadistische brutale Willkür der amerikanischen kapitalistischen Monopolpolitik kann trotz ihrer momentanen technischen Übermacht die Uhr dieses Prozesses nicht aufhalten oder gar zurückdrehen.

- chtz -

Jugendkriminalität und ihre Bekämpfung in der sozialistischen Gesellschaft, Beitrage zum internationalen Symposium, veranstaltet vom Institut für Strafrecht an der Humboldt-Universität Berlin vom 24.—27. September 1964, Berlin 1965 Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

„Der Kommunismus ist das Einfache, das schwer zu machen ist." Dieses Brecht-Zitat erweist sich als besonders zutreffend, bezieht man es auf eines der nicht ganz so oft formulierten Ziele des Kommunistischen Manifests, die schrittweise Befreiung der Menschheit von der Kriminalität. Gesprochen von Joseph Streit, Generalstaatsanwalt der DDR, bei der Eröffnung des Symposiums bedeutete es Aufforderung an die ausschließlich aus sozialistischen Ländern gekommenen Referenten, sich die Behandlung dieses Themas nicht zu einfach zu machen, „die Quellen der Kriminalität" nicht also „mit nicht beseitigten Überresten kapitalistischen Bewußtseins" abzutun (St. Walczak, a.a.O. 67). Psychologie und Soziologie waren somit nicht etwa nur zitierte, die dogmatische Phase als überwunden und „Modernität" dokumentierende Begriffe, sondern wesentliche Grundlage der meisten Beiträge. Differenzierende, auf die Situation in den sozialistischen Ländern und der BRD bezogene Untersuchungen räumten auf mit globalen, auf alle Staaten zutreffenden, apodiktischen Lehrsätzen, verhinderten voluntaristisch motivierte Erfolgsstatistiken und deren stolzen Austausch. Die besondere Beschäftigung mit der Täterpersönlichkeit ermöglichte es, konkrete, täterbezogene Resozialisierungsmaßnahmen aufzuzeigen. (Das in einem Zeitpunkt, in dem sich alle drei im Bundestag vertretenen Parteien, wenn auch mit kleinen Unterschieden, auf das atavistische Schuldprinzip im Strafrecht geeinigt haben — als Grundlage für die geplante Strafrechtsreform.) Ganz besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang: der Beitrag der jungen DDR-Wissenschaftler Helm/Kasielke, die am Beispiel von straffällig gewordenen Schülern sämtliche gegenwärtigen Kommunikationen des Täters, „d. h. das ganze Netz der Wechselbeziehungen und Kontakte zu Eltern, Geschwistern, Freunden, Kollegen, Organisationen, zum anderen Geschlecht" erforschten und darstellten.

Kritisch anzumerken ist, daß einige wiederum in einseitige apologieverdächtige Interpretationen der kriminogenen Faktoren verfielen, so St. Walczak, der m. E. die Migration, die nach der Niederlage des Faschismus eingetretene und vorher durch Vertreibungen, KZs und Krieg bedingte polnische Wanderung, als Jugendkriminalitätsquelle zu ausschließlich behandelte. Eine weitere Kritik bezieht sich auf die nicht ausreichende Untersuchung der Kriminalitätserreger im Kleinkind (Geburt bis 3. Lebensjahr). So werden zwar Kardiner, Ruth Benedict, Margaret Mead erwähnt (z. B. Szewczyk (DDR) a.a.O. 214), René A. Spitz (Die Entstehung der ersten Objektbeziehungen, Stuttgart 1957) hingegen scheint nicht bekannt. Oder wird seine Forschung als irrelevant betrachtet? Lenins Frage: „Wer kennt die Psychologie der Kinder? Der Richter oder die Expertise?" ist so nicht zu beantworten.

Sollten sich René König, Peter Heintz, Gerd Biermann [1]) nicht doch langsam einmal überlegen, solche Kongresse — trotz Hallstein-Doktrin — aufzusuchen? Sie sollten sich nicht dadurch hindern lassen, daß die Kriminologen aus den sozialistischen Ländern zwei große Vorteile aufzuweisen haben:

1. Sie sind nicht zu Konzessionen an Herrschende gezwungen, die Kriminalität aus der „Natur der Sache Mensch" erklären und damit verewigen helfen.
2. leben sie in Staaten, deren revolutionäre Umgestaltung den entscheidenden gesellschaftlichen Antagonismus beseitigt und die Minimalvoraussetzung für das, was so schwer zu machen ist, und damit für eine menschlichere Entwicklung geschaffen hat.

- led -

[1]) s.: Sonderheft 2/1957 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: „Beiträge zur Jugendkriminalität".

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

H E L M I N

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

Katechismus zur deutschen Frage

Der Wiedervereinigung als ideologischer Forderung konfrontiert Enzensberger in KURSBUCH 4 (Suhrkamp-Verlag) mit den politischen Wissenschaftlern Euchner, Schäfer, Senghaas (s. rororo, „Politik ohne Vernunft") einen Katechismus zur deutschen Frage. Praktizierter Verhinderung deutscher Politik präsentieren die Autoren ihre Analyse juristischer, machtpolitischer und ideologischer Verfilzung. Die deutsche Frage impliziert heute nicht mehr Weltpolitik, um so eher die Chance, sie jetzt zu lösen. Eine friedliche Regelung könnte konkret nur China und die Entwicklungsländer indirekt bedrohen, die von den in den mitteleuropäischen Balanceakten freiwerdenden strategischen Kräften zusätzlichen imperialistischen Druck auf ihre revolutionären Auseinandersetzungen befürchten müßten. Die Sowjetunion hätte bei einer solchen Regelung möglicherweise mit einer ökonomischen Stärkung zu rechnen, andererseits ergäbe sich größere Selbständigkeit für die benachbarten sozialistischen Länder, vor allem für Polen und die Tschechoslowakei. Den übrigen Ländern brächte eine aktive Kooperation der beiden deutschen Staaten zwar einen zusätzlichen Konkurrenzfaktor im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Stabilisierung und Expansion, keineswegs aber direkte Gefahr. Konzentriert sich die Frage auf die Deutschen selbst, so steht einem „progressiven" Flügel in der DDR, der wirtschaftlichen Zusammenschluß auch unter Inkaufnahme kapitalistischer Marktverbindungen forciert, in Westdeutschland eine politische Apparatur gegenüber, die zunehmend auf Integration der BRD in eine antikommunistische Allianz drängt und der sich ein „progressiver" Flügel alliiert, der im Frieden zumindest eine Geschäftsgrundlage zu sehen bereit ist und der mit einer beweglichen Ostpolitik taktiert. Wenn auch methodisch unterschiedlich, zielt doch beider Praxis auf das gemeinsame Ziel einer Politik der Stärke, die sich mit Hilfe juristischer Hilfskonstruktionen (Identitätstheorie) alleiniges Recht auf Nachfolge des Deutschen Reiches von 1871 und Alleinvertretungsanspruch zusichert, „Befreiung" — sprich Wiederanschluß — zur Voraussetzung der Entspannung macht, Selbstbestimmung (programmatische Maxime des Völkerrechts) zur unabdingbaren völkerrechtlich fixierten Forderung erklärt (im Saarstatut bezeichnenderweise aber eigennützig variiert) und ihre Doktrinen in den militärischen Korrelaten lückenlose Abschreckung, Vorwärtsverteidigung und Formierte Gesellschaft manifestiert.

Einer Politik, die sabotiert, was sie uns und den sogenannten Brüdern und Schwestern im Niemandsland zum Anliegen macht, konfrontieren die Autoren eine dem Illusions- und Machtkalkül entzogene aktive Kooperation, konkret: Verzicht aller ideologischen Prämissen, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Aufgabe der Hallsteindoktrin, Entnuklearisierung des mitteleuropäischen Raumes, Desintegration der Nato, Abschluß eines Nichtangriffspaktes, Kontrolle (vor Abrüstung) durch neutrale Beobachterposten, zunehmende gegenseitige Inspektion mit gleichlaufender zunehmender Entwertung militärischer Einrichtungen. Innerdeutschen Lastenausgleich, Errichtung eines Ministeriums für innerdeutsche Zusammenarbeit, paritätisch besetzte Kommissionen für Wirtschaft, Forschung etc., gemeinsame Entwicklungshilfe. Unterdessen stillschweigenden Verzicht auf völkerrechtliche Anerkennung, stufenweise Kooperation und Kodifikation mit dem Ziel einer möglichen Konföderation. Die Präzisierung eines solchen Deutschlandbildes erstrebte die SED mit einer ihrer Fragen aus der Entgegnung auf die „Offene Antwort" der SPD vom 19. März. „Soll es ein Deutschland sein, in dem die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?" Eine SPD, die noch 1959 wußte: „... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt, Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht", eine ehemals wahrhaft sozialdemokratische Partei drückte sich vor der Vorstellung, die ihr abhanden gekommen ist. So gerät Hoffnung auf die Entwicklung eines gegenseitigen Vertrauens zur Spekulation, wo die Initiative des Handelns an eine nunmehr imaginäre Partei delegiert wird unter der Annahme, es genüge, gewisse Figuren der Führungsspitze zu beseitigen, um das zum Symbol getrimmte Problem der deutschen Spaltung zu lösen, das in seiner Wirklichkeit als Klassenkampf Praxis über einen Realismus hinauszwingt, der das Bestehende zum nur Vernünftigen modifiziert. Der Autoren Verzicht auf intellektuelle Akklamation zur Rechten wie zur Linken geschieht expressis verbis. Gemessen an Standort und Titel wird KURSBUCH seinem Anspruch gerecht.

Mare Becker

Student und Politik

Kölner Studenten gegen Vietnam-Krieg

An einer kurzfristig von 5 Kölner Hochschulverbänden einberufenen Demonstration gegen den Krieg in Vietnam nahmen am Internationalen Vietnam-Tag (26. 3. 1966) 400 Menschen teil. Besondere Publizität erhielt diese Veranstaltung durch die scharf ablehnende Haltung des Kölner Allgemeinen Studentenausschusses (AStA), der einen Tag vorher vor der Presse erklärt hatte: „Um von vornherein falsche Vorstellungen über den Charakter dieser Protestveranstaltung auszuräumen, wird festgestellt, daß die 5 Gruppen keineswegs repräsentativ für die Kölner Studentenschaft sind. Es handelt sich vielmehr um mitgliedschwache Vereinigungen, die im hochschulpolitischen Bereich eine völlig untergeordnete Rolle spielen. Der Kölner AStA begrüßt es, daß sich die USA in Vietnam genau wie in Europa militärisch engagieren, um einer weiteren Ausbreitung des Bolschewismus entgegenzuwirken. Der AStA bedauert, daß einige politische Studentengruppen ohne Kenntnis der Verhältnisse in Vietnam gegen ein amerikanisches Engagement demonstrieren." Wer über den Krieg in Vietnam informiert ist und wer nicht, bewies auf der einen Seite das Referat des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) — Vorsitzenden von Köln K. H. Roth, der insbesondere auf den imperialistischen Charakter des US-Engagements aufmerksam machte, auf der anderen Seite das Schweigen des anwesenden AStA-Vorsitzenden Laepple (CDU, Junge Union) trotz mehrmaliger Aufforderung der Veranstalter, seine Meinung im Teach-in etwas qualifizierter als durch seine und seiner Kolonne Buh-Rufe bekannt zu geben. Während des Marsches durch die Stadt wurden einige Kommilitonen vorübergehend von der politischen Polizei (K 14) festgenommen, weil sie Transparente mit der Aufschrift: „Ami Go Home" trugen. Gegen sie wird ein Verfahren wegen Staatsgefährdung eingeleitet, weil es sich bei dieser Parole um eine typisch kommunistische handele. Die veranstaltenden Gruppen: Arbeitskreis für Abrüstung (AfA), Deutsch-Israelische Studentenvereinigung (DIS), Humanistische Studentenunion (HSU), Liberaler Studentenbund (LSD), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS). Der Sozialdemokratische Studentenbund hatte trotz guter Beschlüsse des Verbands auf seiner letzten Delegiertenkonferenz Bedenken wegen des zu stark „antiamerikanischen Akzents" der Veranstaltung. Nun, Köln liegt eben doch etwas näher an der Bonner Baracke als Mainz.

Vietnam-Studenten-Komitee

Die Goliardische Studenten-Union Italiens, die französische Studentengewerkschaft an der Sorbonne (FGEL), die holländische sozialistische Studentenvereinigung „Politeia", der Verband sozialistischer Mittelschüler und Studenten Österreichs, die schwedische Studentenvereinigung „Clarté", der sozialistische Studentenbund Norwegens und der SDS haben ein „Westeuropäisches Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam" gegründet. (Deutsche Volkszeitung 11. 3. 66)

Vietnam-Kongreß in Frankfurt am 22. Mai

Ausgehend von der Erklärung der Intellektuellen zum Krieg in Vietnam (s. facit 3) wird am 22. Mai in der Frankfurter Universität ein Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels" stattfinden, dessen Einleitungsreferat Herbert Marcuse halten soll. Die Einladung des SDS ist gegangen an SHB, LSD, HSU mit der Hoffnung auf eine gemeinsame Veranstaltung (sds-informationen Nr. 11).

„Radikale Elemente"

Radikale Elemente an der FU Berlin werden gegenwärtig auf ihre Zugehörigkeit zu politischen Organisationen überprüft. Das teilte Staatssekretär Schäfer vom Bundesinnenministerium mit (UPI 16. 3. 66).

Hubert Freistühler
Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 Postfach 124
Joseph-von-Eichendorff-Str. 1 Ruf 3460

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

Katechismus zur deutschen Frage

Der Wiedervereinigung als ideologischer Forderung konfrontiert Enzensberger in KURSBUCH 4 (Suhrkamp-Verlag) mit den politischen Wissenschaftlern Euchner, Schäfer, Senghaas (s. rororo, „Politik ohne Vernunft") einen Katechismus zur deutschen Frage. Praktizierter Verhinderung deutscher Politik präsentieren die Autoren ihre Analyse juristischer, machtpolitischer und ideologischer Verfilzung. Die deutsche Frage impliziert heute nicht mehr Weltpolitik, um so eher die Chance, sie jetzt zu lösen. Eine friedliche Regelung könnte konkret nur China und die Entwicklungsländer indirekt bedrohen, die von den in den mitteleuropäischen Balanceakten freiwerdenden strategischen Kräften zusätzlichen imperialistischen Druck auf ihre revolutionären Auseinandersetzungen befürchten müßten. Die Sowjetunion hätte bei einer solchen Regelung möglicherweise mit einer ökonomischen Stärkung zu rechnen, andererseits ergäbe sich größere Selbständigkeit für die benachbarten sozialistischen Länder, vor allem für Polen und die Tschechoslowakei. Den übrigen Ländern brächte eine aktive Kooperation der beiden deutschen Staaten zwar einen zusätzlichen Konkurrenzfaktor im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Stabilisierung und Expansion, keineswegs aber direkte Gefahr. Konzentriert sich die Frage auf die Deutschen selbst, so steht einem „progressiven" Flügel in der DDR, der wirtschaftlichen Zusammenschluß auch unter Inkaufnahme kapitalistischer Marktverbindungen forciert, in Westdeutschland eine politische Apparatur gegenüber, die zunehmend auf Integration der BRD in eine antikommunistische Allianz drängt und der sich ein „progressiver" Flügel alliiert, der im Frieden zumindest eine Geschäftsgrundlage zu sehen bereit ist und der mit einer beweglichen Ostpolitik taktiert. Wenn auch methodisch unterschiedlich, zielt doch beider Praxis auf das gemeinsame Ziel einer Politik der Stärke, die sich mit Hilfe juristischer Hilfskonstruktionen (Identitätstheorie) alleiniges Recht auf Nachfolge des Deutschen Reiches von 1871 und Alleinvertretungsanspruch zusichert, „Befreiung" — sprich Wiederanschluß — zur Voraussetzung der Entspannung macht, Selbstbestimmung (programmatische Maxime des Völkerrechts) zur unabdingbaren völkerrechtlich fixierten Forderung erklärt (im Saarstatut bezeichnenderweise aber eigennützig variiert) und ihre Doktrinen in den militärischen Korrelaten lückenlose Abschreckung, Vorwärtsverteidigung und Formierte Gesellschaft manifestiert.

Einer Politik, die sabotiert, was sie uns und den sogenannten Brüdern und Schwestern im Niemandsland zum Anliegen macht, konfrontieren die Autoren eine dem Illusions- und Machtkalkül entzogene aktive Kooperation, konkret: Verzicht aller ideologischen Prämissen, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Aufgabe der Hallsteindoktrin, Entnuklearisierung des mitteleuropäischen Raumes, Desintegration der Nato, Abschluß eines Nichtangriffspaktes, Kontrolle (vor Abrüstung) durch neutrale Beobachterposten, zunehmende gegenseitige Inspektion mit gleichlaufender zunehmender Entwertung militärischer Einrichtungen. Innerdeutschen Lastenausgleich, Errichtung eines Ministeriums für innerdeutsche Zusammenarbeit, paritätisch besetzte Kommissionen für Wirtschaft, Forschung etc., gemeinsame Entwicklungshilfe. Unterdessen stillschweigenden Verzicht auf völkerrechtliche Anerkennung, stufenweise Kooperation und Kodifikation mit dem Ziel einer möglichen Konföderation. Die Präzisierung eines solchen Deutschlandbildes erstrebte die SED mit einer ihrer Fragen aus der Entgegnung auf die „Offene Antwort" der SPD vom 19. März. „Soll es ein Deutschland sein, in dem die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?" Eine SPD, die noch 1959 wußte: „... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt, Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht", eine ehemals wahrhaft sozialdemokratische Partei drückte sich vor der Vorstellung, die ihr abhanden gekommen ist. So gerät Hoffnung auf die Entwicklung eines gegenseitigen Vertrauens zur Spekulation, wo die Initiative des Handelns an eine nunmehr imaginäre Partei delegiert wird unter der Annahme, es genüge, gewisse Figuren der Führungsspitze zu beseitigen, um das zum Symbol getrimmte Problem der deutschen Spaltung zu lösen, das in seiner Wirklichkeit als Klassenkampf Praxis über einen Realismus hinauszwingt, der das Bestehende zum nur Vernünftigen modifiziert. Der Autoren Verzicht auf intellektuelle Akklamation zur Rechten wie zur Linken geschieht expressis verbis. Gemessen an Standort und Titel wird KURSBUCH seinem Anspruch gerecht.

Mare Becker

Student und Politik

Kölner Studenten gegen Vietnam-Krieg

An einer kurzfristig von 5 Kölner Hochschulverbänden einberufenen Demonstration gegen den Krieg in Vietnam nahmen am Internationalen Vietnam-Tag (26. 3. 1966) 400 Menschen teil. Besondere Publizität erhielt diese Veranstaltung durch die scharf ablehnende Haltung des Kölner Allgemeinen Studentenausschusses (AStA), der einen Tag vorher vor der Presse erklärt hatte: „Um von vornherein falsche Vorstellungen über den Charakter dieser Protestveranstaltung auszuräumen, wird festgestellt, daß die 5 Gruppen keineswegs repräsentativ für die Kölner Studentenschaft sind. Es handelt sich vielmehr um mitgliedschwache Vereinigungen, die im hochschulpolitischen Bereich eine völlig untergeordnete Rolle spielen. Der Kölner AStA begrüßt es, daß sich die USA in Vietnam genau wie in Europa militärisch engagieren, um einer weiteren Ausbreitung des Bolschewismus entgegenzuwirken. Der AStA bedauert, daß einige politische Studentengruppen ohne Kenntnis der Verhältnisse in Vietnam gegen ein amerikanisches Engagement demonstrieren." Wer über den Krieg in Vietnam informiert ist und wer nicht, bewies auf der einen Seite das Referat des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) — Vorsitzenden von Köln K. H. Roth, der insbesondere auf den imperialistischen Charakter des US-Engagements aufmerksam machte. auf der anderen Seite das Schweigen des anwesenden AStA-Vorsitzenden Laepple (CDU, Junge Union) trotz mehrmaliger Aufforderung der Veranstalter, seine Meinung im Teach-in etwas qualifizierter als durch seine und seiner Kolonne Buh-Rufe bekannt zu geben. Während des Marsches durch die Stadt wurden einige Kommilitonen vorübergehend von der politischen Polizei (K 14) festgenommen, weil sie Transparente mit der Aufschrift: „Ami Go Home" trugen. Gegen sie wird ein Verfahren wegen Staatsgefährdung eingeleitet, weil es sich bei dieser Parole um eine typisch kommunistische handele. Die veranstaltenden Gruppen: Arbeitskreis für Abrüstung (AfA), Deutsch-Israelische Studentenvereinigung (DIS), Humanistische Studentenunion (HSU), Liberaler Studentenbund (LSD), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS). Der Sozialdemokratische Studentenbund hatte trotz guter Beschlüsse des Verbands auf seiner letzten Delegiertenkonferenz Bedenken wegen des zu stark „antiamerikanischen Akzents" der Veranstaltung. Nun, Köln liegt eben doch etwas näher an der Bonner Baracke als Mainz.

Vietnam-Studenten-Komitee

Die Goliardische Studenten-Union Italiens, die französische Studentengewerkschaft an der Sorbonne (FGEL), die holländische sozialistische Studentenvereinigung „Politeia", der Verband sozialistischer Mittelschüler und Studenten Österreichs, die schwedische Studentenvereinigung „Clarté", der sozialistische Studentenbund Norwegens und der SDS haben ein „Westeuropäisches Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam" gegründet. (Deutsche Volkszeitung 11. 3. 66)

Vietnam-Kongreß in Frankfurt am 22. Mai

Ausgehend von der Erklärung der Intellektuellen zum Krieg in Vietnam (s. facit 3) wird am 22. Mai in der Frankfurter Universität ein Kongreß „Vietnam — Analyse eines Exempels" stattfinden, dessen Einleitungsreferat Herbert Marcuse halten soll. Die Einladung des SDS ist gegangen an SHB, LSD, HSU mit der Hoffnung auf eine gemeinsame Veranstaltung (sds-informationen Nr. 11).

„Radikale Elemente"

Radikale Elemente an der FU Berlin werden gegenwärtig auf ihre Zugehörigkeit zu politischen Organisationen überprüft. Das teilte Staatssekretär Schäfer vom Bundesinnenministerium mit (UPI 16. 3. 66).

Hubert Freistühler
Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 Postfach 124
Joseph-von-Eichendorff-Str. 1 Ruf 3460

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

VERBAND DEUTSCHER STUDENTENSCHAFTEN — unzuständig für Vietnam-Krieg??

„Ein Antrag, eine Stellungnahme zum Vietnam-Krieg abzugeben, wurde nach einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte von der Tagesordnung abgesetzt. Die Mehrheit vertrat die Auffassung, daß der Verband kein Mandat habe, sich zu solchen Fragen zu äußern."

(Frankfurter Rundschau v. 15. 3. 66)

Sozialistische Arbeitstagung

Am 17./18. Juni werden SDS und Sozialistischer Bund in Frankfurt eine 2. zentrale Arbeitstagung der Sozialisten in Westdeutschland veranstalten. Thema: „Formierte Gesellschaft oder Wirtschaftsdemokratie". Referenten: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Vittorio Foa, Präsident des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, Elmar Altvater und Reinhard Opitz.

Zeitschriftenüberblick März/April 1966

Marxistische Blätter 2 März/April: Probleme der nationalen Befreiungsbewegung und der „3. Welt" ist das Generalthema. Es schreiben u. a.: Fidel Castro (Wirtschaft und Kampf gegen den Imperialismus), Kwame Nkrumah (Der Kampf der 3. Welt gegen den Neokolonialismus), Jack Woddis (Afrika und der Sozialismus), Jean Maurice Hermann (Bedingungen für den Frieden in Vietnam), Franz Lee (Rassismus und Ausbeutung).

express international (frkft. wittelsbacher allee 62) — der leider mit einer spürbaren Abnahme der Kritik an der SPD immer schwächer wird, da er kaum noch, wie am Anfang beabsichtigt, linke ausländische Dokumente bringt — Nr. 31: Notstand ahoi — Der Sturz Nkrumahs — Jean Ziegler — Grossmann, Die soziale Herkunft der Studenten.

Gewerkschaftliche Monatshefte: Reinhard Hoffmann, Koalitionsrecht und Tarifautonomie (3) — Ossip K. Flechtheim, Zur Problematik einer Futurologie (4).

kürbiskern (münchen 22, maximilianstr. 10) 2/66: Die lobende Rezension in facit 3 wird durch jede Nummer des kürbiskern bestätigt. Mader: Intelligenz und Kulturpolitik, L. Marcuse, Piscator, v. Vegesack u. a. „Ermittlung" — Leo Kofler: Die drei Hauptstufen der dialektischen Gesellschaftsphilosophie (Der Anti-Adorno, Die Red.) — Elmar Altvater, Ein Ende der Lohnpreisspirale — Carecz, Haut den Lukács! — Lyrik aus der DDR und der BRD.

Neue Juristische Wochenschrift 14/15: Sieghart Ott: „Ist die Strafbarkeit der Religionsbeschimpfung mit dem Grundgesetz vereinbar?"

Gewerkschaftspost (IG Chemie, Hannover, Königswortherplatz) 4: Freiheit unter Franco? — Antwort eines spanischen Gastarbeiters an Golo Mann.

Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (Köln, Barbarossaplatz 1) Colli Zilliacus, MP London, Großbritannien und die Eindämmung Chinas — Reinhard Opitz, 11 Feststellungen zur Formierten Gesellschaft — Nell-Breuning und Symanowski „Mitbestimmung" — Prof. Bense „Die Funktion der ‚intellektuellen' Opposition" — Morgenthau-Kissinger — Interview: Vietnam.

deutsches panorama 4/66: Olaf Radke „Wehner", G. v. Uxküll „Was Notstand ist, bestimmt Paul Lücke?", B. Engelmann „Wochenschau-Analyse", H. Fleig „Dollars für Diktatoren", Curt Geyer „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1918—1933".

Metall (Zeitung der IG Metall) 7/66: „Gefahr von rechts".

4. Sonderrundbrief (des Initiativausschusses der Verteidiger in politischen Strafsachen und für die Amnestie): 2. Stellungnahme zum SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches.

Sozialistische Hefte (Bielefeld, Plaßstr. 69g) 3/66: Prof. Heydorn „Zur Situationsbestimmung und Aufgabenstellung des Ostermarsches in der restaurierten Gesellschaft" — K. A. Winken „Relegalisierung der KPD oder neue kommunistische Partei in der BRD".

Frankfurter Hefte 3/66: Olaf Radke „Sozialpartnerschaft und Sozialadäquanz" (Neofaschismus im Arbeitsrecht) — Robert Havemann „Über die Ungleichheit des Menschen" — Prof. Baumann „Die Psychologie des bürokratisch-organisierten Mordes".

Das Argument 36: George W. Alsheimer „Amerikaner in Vietnam" - Gripenburg/Steinhaus „Soziökonomische und militärische Aspekte zum Vietnamkonflikt" — Günther Anders, „Stenogramme".

Sonderheft der **HEIDELBERGER BLÄTTER** — SDS Heidelberg „Der Krieg in Vietnam" (Heidelberg, Neckarstaden 18a).

Merkur 3/66: Sebastian Haffner „Zur militärischen Theorie und Praxis Mao Tse Tungs".

Labour monthly 3/66: Cheddi Jagan „Havanna Conference" Red. „Vietnam — Hour of Decision".

Der 1. Mai als Tag der Einheit oder besser als Tag des klassenkämpferischen Bewußtseins verliert nicht, wie es oft hingestellt wird, an Bedeutung, eher im Gegenteil. Denn seit dem großen Versagen der Gewerkschaften nach dem letzten — und hoffentlich allerletzten — Weltkrieg ist es so nötig wie nie, daß sich die Mehrheit der Arbeitnehmer zusammenschließt und geschlossen ihre gemeinsamen Interessen vertritt. Dieses wird um so deutlicher, wenn man in letzter Zeit den großen Plan der CDU — die „Formierte Gesellschaft" — und ihre Auslegungen verfolgt hat. Ebenso bedenklich ist die Anerkennung der Notstandsgesetze von großen Teilen der SPD nach ihrem „Umbau" zur Volkspartei und ihr verzweifeltes Streben zur Macht und Regierungsgewalt auch unter Inkaufnahme einer großen Koalition. Wer diese paar Punkte und die vielen anderen noch ungenannten betrachtet, dem kommen doch ernsthafte Bedenken für den Fortbestand unserer Demokratie. Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften sollten daher in Zukunft lauten:

Erhaltung und Fortbestand unserer Demokratie

Gerechtes Verteilen des Sozialproduktes

Gleichstellung aller Arbeitnehmer

Intensive Friedensbemühung in aller Welt

P. G., Chemiearbeiter

Immer mehr Menschen protestieren gegen Aufrüstung und den Krieg in Vietnam

Etwa 150 000 Menschen beteiligten sich in diesem Jahr an den Ostermärschen der Atomwaffengegner, die an 14 Startpunkten in allen Teilen der Bundesrepublik begannen. Das waren über 30 000 mehr als im vergangenen Jahr. In Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart, Nürnberg und München, wo am Ostermontag der dreitägige Marsch mit großen Schlußkundgebungen zu Ende ging, wurden die Marschierer für den Frieden von Tausenden von Menschen begeistert begrüßt. So konnte ein junger Redner in München feststellen: „Der Ostermarsch hat Zukunft!" Denn er werde nicht von „ausgelaugten Bonzen, sondern von jugendlichen, radikalen Demokraten" gemacht.

Weit über 10 000 prominente Bürger der BRD haben in diesem Jahr den Aufruf zum Ostermarsch unterschrieben — darunter 846 Künstler und Schriftsteller, 1823 Gewerkschaftsfunktionäre, 494 Wissenschaftler, zahlreiche Abgeordnete der SPD, 1251 evangelische Theologen u. a. In ihrem Aufruf wendet sich die Kampagne „gegen den Versuch der Bundesregierung, einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Forderung nach Mitverfügung über Atomwaffen zu blockieren" und setzt sich ein für einen Rüstungsstopp in West und Ost, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Besonders eindeutig wandten sich die Teilnehmer des diesjährigen Ostermarsches auf Transparenten und in zahlreichen Sprechchören gegen die Notstandsgesetze und gegen den unmenschlichen Krieg in Vietnam. Der Labourabgeordnete Colli Zilliacus, der in München der Kampagne die Grüße von 51 Abgeordneten des britischen Unterhauses überbrachte, befürwortete die zunehmende Politisierung der Bewegung: denn „politische Handlungen sind nötig". Zilliacus wandte sich scharf gegen die militante US-Politik in Vietnam und gegen die antichinesische Haltung der Amerikaner. Er erinnerte an den Rapacki-Plan sowie an den Deutschlandplan der SPD: „Es ist jetzt Ostern — vielleicht steht er wieder auf."

Auf der Abschlußkundgebung in Dortmund sprachen vor 20 000 Teilnehmern Oberkirchenrat Kloppenburg, der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun und der Aachener IG Metall-Bevollmächtigte Georg Herz, der zu verstärktem gemeinsamem Widerstand gegen die Notstandsgesetze aufrief. Herz: „Notstandsgesetze bringen die Gefahr des ‚legalen Staatsstreichs'!" Prominenteste Ostermarschierer waren Wolfgang Neuss, Amrikas Folklore-Star Nr. 1 Joan Baez und — nicht zu vergessen — der älteste Sohn von Berlins Regierendem Bürgermeister Willi Brandt.

-wl-

Hurra –
gewonnen
und außerdem
gespart!
SPRENGER
PS
durch
PRÄMIEN
SPAREN
bei der
SPARKASSE DER STADT KÖLN
HAUPTSTELLE HABSBURGERRING 2-12 · ZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN